

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Entwurf eines Entgeltfortzahlungsgesetzes — Drucksache 12/5616 —

hier: Stellungnahme des Bundesrates

Die Einführung einer sozialen Pflegeversicherung ist eines der wichtigsten sozialpolitischen Vorhaben dieser Legislaturperiode.

Der Bundesrat bekräftigt sein nachdrückliches Interesse am Zustandekommen einer sozialverträglichen Gesetzesreglung zur Absicherung des Pflegerisikos.

Der Bundesrat stellt fest, daß ihm eine beratungsfähige Vorlage zur Pflegeversicherung und deren Finanzierung nicht vorliegt. Weder ist die von der Bundesregierung vorgesehene Kompensation über

die sogenannten Karenztage zurückgezogen, noch sind alternative Finanzierungsmodelle fristgerecht dem Bundesrat zur Stellungnahme zugeleitet worden.

Schon aus diesem Grunde lehnt der Bundesrat den vorliegenden Entwurf eines Pflegeversicherungsgesetzes zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab und sieht mangels beratungsfähiger Vorlage von einer Stellungnahme zu dem durch die Diskussion der letzten Tage obsolet gewordenen Entgeltfortzahlungsgesetz ab.

